

Notizen

Die Unwetterkatastrophe in Mittelamerika, die Tausenden das Leben kostete, die weltweite Welle der Hilfsbereitschaft und die Diskussion um die von den betroffenen Ländern geforderte Streichung ihrer Auslandsschulden haben auch den Blick auf gravierende politische und soziale Mißstände in den Ländern Mittelamerikas gelenkt: „Können wir uns es leicht machen, indem wir jedes menschliche Verschulden leugnen und auf die Natur als Übeltäter verweisen?“, so der Hauptgeschäftsführer des seit Jahrzehnten in Mittelamerika tätigen bischöflichen Hilfswerkes Misereor, Josef Sayer, in einem offenen Brief an die Präsidenten von El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua. Mit dem Wiederaufbau nach der Katastrophe müsse eine sozial gerechte und ökologisch angepaßte Entwicklung in Gang gesetzt werden. Die Abholzung der Wälder, die Verarmung der Landbevölkerung und die ungerechte Verteilung des Bodens seien mitschuldig am Ausmaß der Zerstörungen.

Zu einem ökumenischen Miteinander und zur Weiterarbeit „mit allen Kräften“ an der lutherisch-katholischen Erklärung zur Rechtfertigungslehre hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Karl Lehmann, in einem ökumenischen Gottesdienst zum Auftakt der Feierlichkeiten anläßlich des 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens aufgerufen. Die Unfähigkeit zum Frieden unter den Christen habe die Säkularisierung beschleunigt. Papst Innozenz X. habe sich seinerzeit auf tragische Weise gegen die Völkerrechtsgemeinschaft Europas gestellt, weil er sich mit der endgültigen Zerschlagung der einen und weltweiten Kirche nicht abfinden konnte. An den Feierlichkeiten nahmen auch Kardinalstaatssekretär Angelo Sodano und Monarchen und Staatsoberhäupter von 19 europäischen Staaten teil.

Der Vatikan setzt sich für einen besonderen – international garantierten – Status für Jerusalem ein. Erzbischof Jean-Louis Tauran, im Staatssekretariat für die Beziehung zu den Staaten verantwortlich, forderte auf einem Symposium von Vertretern der katholischen Bischofskonferenzen zur Jerusalem-Frage, daß allen Juden, Muslimen und Christen die gleichen Rechte „im Zusammenhang mit der freien Ausübung spiritueller, kultureller, bürgerlicher und wirtschaftlicher Tätigkeiten“ einge-

räumt werden. Jeder Bürger Jerusalems und jeder Besucher der Stadt müsse ihre Botschaft des Dialogs, der Koexistenz und der Achtung ernst nehmen.

In einem gemeinsamen Appell haben Deutsche Bischofskonferenz und Rat der EKD Mitte Oktober eine konsequente Politik der Entschuldung armer Länder gefordert. Nach wie vor sei die Überschuldung eines der wichtigsten Entwicklungshemmnisse für viele arme Länder. Eine besondere Verantwortung der reichen Länder zur Lösung der internationalen Schuldenproblematik rühre auch daher, daß Gläubiger – Staaten und Banken – in früheren Jahren nicht selten viel zu leichtfertig Kredite an arme Länder vergeben hätten. Entschuldung sei kein utopisches Unterfangen und dort möglich, wo ein ernsthafter politischer Wille vorhanden sei. Ausdrücklich stimmen die deutschen Kirchen mit ihrer Erklärung in den Appell von Christen und Kirchen in der ganzen Welt ein, die anläßlich des anstehenden Jahrtausendwechsels und in Erinnerung an den alttestamentlichen Gedankens des Erlaß- und Jubeljahrs zur Entschuldung der armen Länder rufen.

Nach dem Scheitern von Radio Campaignile (vgl. HK, August 1998, 383f.) steht jetzt auch Radio Paradiso vor dem Aus. Seit fast zwei Jahren sendet der christliche Privatsender. Jetzt hat die Berliner Radiostation Konkurs angemeldet, nachdem sich die Nordelbische Kirche als Gesellschafterin zurückgezogen hat. Unter Mehrheitsbeteiligung der Baptisten soll zwar eine Auffanggesellschaft gegründet werden, die das Radio mit vier statt mit zwanzig Mitarbeitern weiterführen will. Allerdings hat der Medienrat Berlin-Brandenburg die Übertragung der Lizenz verweigert und den Widerruf der Sendelizenzen angekündigt. Die Marktanteile des Programms, das im wesentlichen aus ruhigen Popsongs und „guten Nachrichten“ besteht, blieben bisher nach den Hörerstatistiken der „Media Analyse“ im nicht meßbaren Bereich. Der „Verein Katholiken im Rundfunk“ hat inzwischen die Sendelizenz für Radio Campanile zurückgegeben, wie die Landeszentrale für private Rundfunkveranstalter Rheinland-Pfalz mitgeteilt hat.

Zum neuen Bischof von Stockholm hat Johannes Paul II. Anders Arborelius ernannt. Der 49jährige Karmeliter, in der Schweiz geborener Schwede, tritt die Nach-

folge von Hubertus Brandenburg an. In der Amtszeit des aus Osnabrück stammenden Bischofs Brandenburg hat sich die Zahl der Katholiken in der ganz Schweden umfassenden Diözese Stockholm auf jetzt fast 165 000 Gläubige verdoppelt.

Zum neuen Erzbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Finnland mit Sitz in Turku, der alten Hauptstadt des Landes, ernannte Staatspräsident Martti Ahtisaari am 2. November den 55jährigen Domdekan von Turku, Jukka Paarma. Im September war seine Wahl durch die Synode erfolgt. Der neue finnische Erzbischof ist promovierter Kirchenhistoriker und war nach seiner Ordination zunächst Gemeindepfarrer. Er folgt Erzbischof John Vickers nach, der Ende dieses Jahres in den Ruhestand geht.

Neuer Präsident der US-amerikanischen Bischofskonferenz ist der Bischof von Galveston-Houston, Joseph A. Fiorenza. Der 67jährige Fiorenza löst Bischof Anthony Pilla (Cleveland) ab und ist wegen seines Engagements für Einwanderer und Arme bekannt. Zum Vizepräsident wurde der 50jährige afro-amerikanische Bischof Wilton D. Gregory gewählt. Dies wurde als Überraschung gewertet, da von den 269 Mitgliedern der US-amerikanischen Bischofskonferenz nur 14 Schwarze sind. In der Regel wird der Stellvertreter Nachfolger des Präsidenten.

Richtigstellung:

Durch ein technisches Versehen hat sich in unserem Novemberheft ein sinnstörender Fehler ergeben: In der Besprechung des Buches von Hans-Joachim Höhn auf Seite 592 muß es in der siebten Zeile von unten „ohne“ statt „sondern“ heißen.

Im nächsten Heft

- Welche Reformen braucht die Schule?
- Der Papst und die Philosophie
- Islamischer Religionsunterricht in Deutschland
- Die schwierige Stellung des Ökumenischen Patriarchats
- Wie kann die Kirche Schuld aufarbeiten?
- Religion und Politik in Kenia